



Stellungnahme der Initiatoren des Bürgerbegehrens:

Mülheim gehört uns - Stop den weiteren Ausverkauf - Soziale Stadt muss sein

Die Diskussion über die Privatisierung öffentlichen Eigentums und über PPP bzw. ÖPP - Modelle (öffentliche private Partnerschaft) kann nicht getrennt geführt werden. Privatwirtschaftliche, auf Gewinn orientierte Interessen gehören zu beiden Optionen.

Das geplante Medienhaus soll z.B. in einer solchen ÖPP gebaut werden. Die Stadt verpflichtet sich auf 25 Jahre mit Widerspruchsverzicht („Forfaitierung mit Einredeverzicht“), einen regelmäßigen Festbetrag bei der Bank zu zahlen. Was geschieht etwa, wenn eventuelle Fehlplanungen neue Kosten verursachen?

Ein weiteres Beispiel ist die Ruhrbania- Entwicklungsgesellschaft. Über Jahre glaubte die Öffentlichkeit, die Baureifmachung der Promenadengrundstücke werde von einer privaten Firma vorfinanziert und durch Grundstücksverkäufe sowie Landeszuschüsse würde die Vorfinanzierung später bezahlt. Heute ist bekannt, die Stadt zahlt und haftet alleine und der Partner erhält ein hohes Entgelt für seine Beteiligung am Projektmanagement. Gleichberechtigte Partnerschaft sieht anders aus!

Weitere öffentlich/private Partnerschaften, wie sie im Schulbereich vorgesehen sind, bringen Mülheim/Ruhr keine finanziellen Entlastungen, sie lösen somit auch keine grundsätzlichen Probleme, sondern zementieren die hohe Verschuldung auf Jahrzehnte.

Öffentliches Eigentum ist die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der staatlichen Pflichtaufgaben. Diese dürfen keiner wirtschaftlichen Gewinnerorientierung unterliegen, um dem Gemeinwohl dienen zu können. Wesentliche Aufgabe jeder Kommune ist die Sicherstellung der Daseinsvorsorge für ihre Bürger. Güter und Dienstleistungen müssen grundsätzlich allen zugänglich sein, unabhängig vom Einkommen.

Bei jeder Form der Privatisierung kommunaler Pflichtaufgaben - ob Verkauf ganz bzw. teilweise oder in ÖPP-Modellen – haben wir es nicht nur mit finanziellen, sondern auch mit demokratischen und sozialen Problemen zu tun. Privatisierung und ÖPP – Modelle schwächen die demokratische Struktur einer Stadt. Transparenz und Demokratie sind mit ÖPP kaum noch möglich. Als z.B. die teilprivatisierte medl das Stadtbad verkaufte, wurden Preis und Bedingungen wie Staatsgeheimnisse gehütet mit dem Verweis auf die private GmbH. Als die Kanalbaukosten Friedrich-Ebert-Straße sich explosionsartig mehr als verdoppelten, waren die Gründe nicht zu erforschen mit Hinweis auf das Betriebsgeheimnis der teilprivatisierten SEM. Als sich bei der teilprivatisierten MEG die Schuldenberge auf türmten, wechselten zwar die Geschäftsführer in Serie, mit und ohne hohe Abfindungen, doch selbst Aufsichtsratsmitgliedern wurden nicht alle Unterlagen gezeigt, geschweige denn den gewählten Ratsmitgliedern oder gar den Bürgern, die alles über Steuern und Gebühren zahlen müssen usw.....

In nicht wenigen Gemeinden und Städten in NRW wurde die Privatisierung als Irrweg erkannt. So finden z.B. im Bereich der Abfallbeseitigung schon in einigen Gemeinden Rekommunalisierungen statt, die Stadt Velbert kaufte zu einem überhöhten Preis ihr Rathaus zurück, weil das auf Dauer immer noch kostengünstiger ist als das Festhalten an dem PPP, Gelsenkirchen musste mit riesigen Verlusten das Hans-Sachs-Haus zurückkaufen

Will unsere Stadt aus der hinderlichen Schuldenfalle hinaus kommen, dann nur über eine solide Haushaltsführung, die eine demokratisch entwickelte Prioritätenliste als inhaltliche Arbeitsgrundlage hat und die eine soziale, gerechte und kulturelle Perspektive sichert.

Stimmen Sie am 9. September mit



für die Erneuerung des erfolgreichen Bürgerentscheids gegen weitere Privatisierung in Mülheim aus 2005!

Reinald Schnell
Kuhlenstraße 4
45468 Mülheim

Uwe Tschirner
Postreitweg 8
45472 Mülheim

Lothar Reinhard
Karlsruher Straße 12
45478 Mülheim